



16.04.2026

Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

## Newsletter März/April

### Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ein Blick in den neuen Koalitionsvertrag von SPD und CDU wirft eine zentrale Frage auf: Was ändert sich eigentlich – und reicht das? In der frühen Bildung setzt die Koalition vor allem auf „Verlässlichkeit“: Bekannte Baustellen wie Fachkräftesicherung, Fortbildung und Sprachförderung werden aufgegriffen, aber echte Strukturverbesserungen bleiben vage. Neue Impulse? Eher punktuell – etwa bei früherer Sprachstandserhebung oder mehr Datenaustausch.

Auch bei Sozialarbeit und Hilfen zur Erziehung dominiert Kontinuität: Bestehende Programme wie Jugendsozialarbeit, „Jugendhilfe-Schule“ oder frühe Hilfen werden fortgeführt. Doch wo bleiben verbindliche Ausbauschritte angesichts wachsender Bedarfe? Prävention wird betont – aber ohne klare Zusagen zur Ausstattung.

Unterm Strich drängt sich der Eindruck auf: Viel Bekanntes wird bestätigt, manches leicht nachjustiert – aber die großen Antworten aufsteigende Herausforderungen bleiben offen.

Reicht „Weiter so“ wirklich aus?

Den gesamten Koalitionsvertrag kann man [hier](#) nachlesen:

<https://spd-brandenburg.de/news/4-3-26-der-neue-koalitionsvertrag/>



NEWSLETTER

MÄRZ/APRIL 2026



## 1 Die GEW Brandenburg findet: „Nein“

**GEW** Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Brandenburg

**Wir brauchen ein Unterstützungssystem, das veränderter Kindheit, wie wir sie in Kita und Schule erleben, gerecht wird.**  
Günther Fuchs,  
Landesvorsitzender GEW Brandenburg

**Das bedeutet echte multiprofessionelle Teams an allen Schulen und Kitas, bestehend aus Sozialarbeit, Psychologie, Therapie und Medizin.**  
Maria Schäfer,  
Vorsitzende der Fachgruppe SozPäd  
GEW Brandenburg

„das reicht leider nicht, um Kindern und Jugendlichen Bildung chancengerecht zu ermöglichen. **Es reicht nicht, um die permanente Überlastung von Fachkräften durch ständig steigende Aufgaben durch Kompensation von Mangel an Unterstützungssystemen zu stoppen.**

„Wir brauchen ein Unterstützungssystem das veränderter Kindheit, wie wir sie in Kita und Schule erleben gerecht wird.“ betont Günther Fuchs. Das bedeutet echte multiprofessionelle Teams an allen Schulen und Kitas, bestehend aus Sozialarbeit, Psychologie, Medizin und Therapie zu verankern.

Die neue Landesregierung hat jetzt die Chance gezielt und effektiv in unsere Bildungslandschaft zu investieren. Fachkräfte an Kitas, Horten und Schulen, aber vor allem Kinder und Jugendliche in Brandenburg brauchen ein Netz der Multiprofessionalität, um nachhaltig zu lernen und sich gesund zu entwickeln. Lehrkräfte und Erziehrinnen brauchen eine enge Zusammenarbeit mit Sozialarbeit, Kinder- und Jugendtherapie und Medizin um den aktuellen Bedarfen und Aufgaben an Schule und Kita gerecht zu werden. **Deshalb jetzt in die Zukunft investieren, statt zu sparen.**

## 2 Klausur der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe: Viel Druck im System – klare Forderungen an die Politik

Wie steht es aktuell um die Arbeitsbedingungen in Kitas, der Schulsozialarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe? Und was muss sich dringend ändern? Mit diesen Fragen hat sich die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW bei ihrer Klausur am 13. und 14. März 2026 in Bad Belzig intensiv auseinandergesetzt – mit einem klaren Ergebnis: Der Handlungsdruck ist hoch, und die Themen liegen auf dem Tisch.



©Foto: Lina Beck / GEW Brandenburg Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Ein zentrales Anliegen war die Verbesserung der inklusiven Betreuung in Kindertagesstätten. Die Fachgruppe unterstützt einen Appell der Stadt Cottbus „Das Kind im Mittelpunkt - Neuausrichtung der Rahmenbedingungen für inklusive Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg“, der unter anderem mehr Personal, multiprofessionelle Teams und weniger Bürokratie fordert. Gerade bei der Betreuung von Kindern mit besonderen Bedarfen zeigt sich, dass die bestehenden Regelungen längst nicht mehr ausreichen. Hier will die GEW gemeinsam mit Trägern und Eltern mehr politischen Druck aufbauen.

Auch die Schulsozialarbeit stand im Fokus. Mit der Hildesheimer Erklärung werden bundesweit verbindliche Standards, eine verlässliche Finanzierung und mindestens eine Vollzeit – Stelle pro Schule gefordert.



Für die Fachgruppe ist klar: Ohne ausreichend ausgestattete Schulsozialarbeit lassen sich viele Herausforderungen im Schulalltag nicht bewältigen.

Kritisch bewertet wurde zudem der aktuelle Stand beim Ganzttag in Brandenburg. Unklare Zuständigkeiten, fehlende Qualitätsstandards und keine zusätzlichen Mittel – aus Sicht der Fachgruppe reicht das nicht aus. Gefordert wird ein Ganzttagsgesetz, das Qualität sichert, Fachkräfte entlastet und den tatsächlichen Bedarf vor Ort berücksichtigt.

Wie groß die Belastung im Arbeitsalltag ist, zeigt auch eine aktuelle GEW Umfrage zur stationären Kinder- und Jugendhilfe: Personalmangel, hohe psychische Belastung und häufige Überstunden gehören für viele Beschäftigte zum Alltag. Gute pädagogische Arbeit bleibt dabei oft auf der Strecke. Die Fachgruppe sieht hier dringenden Handlungsbedarf – vor allem bei der Personalausstattung.

Daneben ging es auch um die Kita-Finanzierung, aktuelle Tarifentwicklungen im TVöD sowie um den weiteren Ausbau gewerkschaftlicher Netzwerke, etwa an Hochschulen oder im Kita-Bündnis.

**Klar ist: Die Herausforderungen sind groß – aber gemeinsam lässt sich etwas bewegen. Wer die Arbeit der Fachgruppe aktiv mitgestalten möchte, ist herzlich eingeladen, sich einzubringen.**

Kontakt: [schaefer@gew-brandenburg.de](mailto:schaefer@gew-brandenburg.de)

### **3 Ganzttag in den Ferien: GEW kritisiert Gesetz ohne verbindliche Qualitätsstandards**

Der Bundestag hat am Freitag, den 06.03.2026, dem Gesetzentwurf zur „Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien“ in zweiter Lesung beschlossen. Hintergrund ist der stufenweise Beginn des Rechtsanspruchs auf Ganzttagsförderung für Grundschulkinder ab dem 1. August 2026, welcher auch die Schulferien an mind. 48 Wochen im Jahr umfassen wird.

Aus Sicht der GEW ist es grundsätzlich richtig, dass Ferienzeiten bei der Umsetzung des Ganzttagsanspruchs stärker berücksichtigt werden, gleichzeitig übt die GEW deutliche Kritik an der konkreten Aus-



gestaltung des Gesetzes. Wie in der Ausschussanhörung entnommen werden kann, ist unser zentraler Einwand, dass der Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung in den Ferien künftig über Angebote der Jugendarbeit erfüllt werden kann, ohne dass dafür bundesweit verbindliche Qualitätsstandards festgelegt werden. Nach unserer Auffassung brauchen gerade Kinder im Grundschulalter verlässliche Konzepte und gut abgestimmte Angebotsstrukturen. Besonders wichtig ist zudem, dass die Eigenlogik der Jugendarbeit erhalten bleibt.

Unsere Stellungnahme zur Anhörung macht deutlich, dass Jugendarbeit von Freiwilligkeit, Partizipation und Eigenverantwortung lebt. Wenn sie primär zur Erfüllung eines einklagbaren Anspruchs herangezogen wird, sehen wir die Gefahr, dass ihr spezifisches pädagogisches Profil geschwächt und ihr Schwerpunkt in Richtung bloßer Betreuung verschoben wird. Auch haben wir auf die bereits angespannte Fachkräftesituation in der Kinder und Jugendhilfe, auf Unterschiede bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen sowie auf die schwierige Haushaltssituation vieler Kommunen hingewiesen. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel, bessere Arbeitsbedingungen, Weiterqualifizierung und eine langfristige Personalstrategie drohen nach Einschätzung der GEW Qualitätsverluste und eine weitere Überlastung der Beschäftigten.

Wir stehen für eine Jugendarbeit, die als eigenständiger und verbindlicher Bestandteil der Ganztagslandschaft anerkannt, kooperativ eingebunden und über verlässliche Finanzierung sowie eine personell gestärkte kommunale Jugendhilfeplanung abgesichert ist. Entscheidend ist aus dieser Perspektive, dass Jugendarbeit den Ganztag fachlich ergänzt, ohne in einem Sparmodell aufzugehen.

**Die Lesung im Bundestag sowie die entsprechenden Drucksachen sind hier zu finden:**

[www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw10-de-jugendarbeit-1150526](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw10-de-jugendarbeit-1150526)





## 4 Personal- und Betriebsratswahlen 2026

Die GEW wünscht allen, die sich haben aufstellen lassen, ein gutes Wahlergebnis.

**Für unsere Rechte können wir nur selbst eintreten!**

**Meldet eure neuen Personal- und Betriebsräte der GEW Brandenburg:** Wir werden Schulungen für die Gremien anbieten. Grundlage ist das Landespersonalvertretungsgesetz Brandenburg, der TVöD und alle für die Arbeit notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Wir haben gute und erfahrene Kollegen, die sich in der Arbeit der Personal- und Betriebsräte sehr praxiserfahren auskennen.

## 5 TVöD Umsetzung Tarifabschluss 2025

Ab Mai 2026 werden die Tabellenentgelte um 2,8 % erhöht, das ist der **vor**letzte Punkt, der im Ergebnis der in der Umsetzung des Tarifabschlusses vom April 2026 zu vollziehen ist.

Der dann letzte Punkt ist der dann zusätzliche Urlaubstag ab 1. Januar 2027, also nicht mehr 30 Tage, sondern 31 Tage für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

## 6 SAVE THE DATE 02. Juni 2026 10 – 15 Uhr

Gute Bildung von Beginn an – dafür stehen unsere Brandenburger Kindertageseinrichtungen. Doch die Kita-Landschaft steht unter Druck, Familien fürchten um eine wohnortnahe Betreuung ihrer Kinder, hochqualifizierte Fachkräfte verlassen das Feld.

Unter dem Titel „**Weitermachen, weiterdenken – für eine zukunftssichere Kita in Brandenburg**“ laden wir Sie ein, mit uns und Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Politik und Verwaltung ins Gespräch zu kommen.

**Merken Sie sich die Fachveranstaltung gerne bereits vor:**

02.06.2026 von 10:00 bis 15:00 Uhr in der Heimvolkshochschule am Seddiner See, Seeweg 2, 14554 Seddiner See.

Die offizielle Einladung folgt zeitnah!

Weitere Informationen finden Sie auf der  
Homepage: <https://kita-macht-bildung.de>



## 7 Aktuelles von der Bundesebene

1. Entwurf eines „Ersten Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetzes – 1. KJHSRG“ liegt vor!

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat einen Entwurf eines inklusiven Jugendhilfegesetzes vorgelegt, der den Begriff Inklusion jedoch nicht mehr in der Gesetzesbezeichnung enthält.

Der Entwurf sieht die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII ab 1.1.2028 vor und soll damit die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung erfüllen, die eine Ausrichtung aller staatlichen Maßnahmen an einer Inklusionsperspektive verlangt. Der 2024 von der Ampelregierung beschlossene Gesetzentwurf zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und



Jugendhilfeinklusionsgesetz – IKJHG) war aufgrund des Bruchs der Koalition gescheitert.

**Der Gesetzentwurf sieht über die Inklusive Lösung hinaus unter anderem die folgenden Änderungen vor:**

1. Einführung eines infrastrukturellen Angebots der Bildungsassistenz zur Erfüllung des individuellen Rechtsanspruchs auf Anleitung und Begleitung in Kindertageseinrichtungen, Schulen oder Hochschulen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung oder Eingliederungshilfe,
2. Vorranggebot im Hinblick auf Infrastruktur- und Regelangebote sowie Hilfen und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit bei Jugendlichen und jungen Volljährigen gegenüber erzieherischen Hilfen,
3. besserer Schutz für Pflegekinder bei der Unterbringung in Pflegefamilien außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Hilfe gewährenden Jugendamts,
4. Bürokratieabbau und Vereinfachung in den Verfahren zur Aufnahme und Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer:innen,

Es ergeben sich neben der positiv zu bewertenden Zusammenführung der Hilfen für alle Kinder, Jugendlichen und junge Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe einige neue Rechtsnormen, die in der Umsetzung sehr problematische Auswirkungen haben können.

Die GEW wird sich bemühen, eine Positionierung zu dem Gesetzentwurf zu veröffentlichen.

Das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) hat am 30.3.2026 eine hilfreiche Synopse zum 1. KJHSRG-E mit farblichen Kennzeichnungen der Änderungen veröffentlicht: <https://dijuf.de/>





## Lust mitzumachen? Anregungen, Fragen oder Wünsche?

Melde dich gerne bei deiner Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe: Maria Schäfer, Vorsitzende

Mail: [schaefer@gew-brandenburg.de](mailto:schaefer@gew-brandenburg.de)



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
**Brandenburg**

